



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Barbara Fuchs, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Kleine und mittlere Unternehmen in Industrie und Handwerk entlasten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich zur Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Bayern dahingehend einzusetzen, dass

- KI-Anwendungs- und Einsatzmöglichkeiten zeitnah stärker in Berufsausbildungen, Studiengänge und Weiterbildungsangebote integriert werden,
- bei Gesetzesvorhaben auf Landes- und Bundesebene verpflichtend ein KMU-Check durchgeführt und Regelungen grundsätzlich aus der Perspektive der KMU formuliert werden,
- bei weiteren Änderungen im Baurecht gewerbliche Investitionsmaßnahmen gerade für KMU attraktiver zu gestalten und im Rahmen des Bayerischen Modellregionengesetzes entsprechende Möglichkeiten zu testen,
- Planungs- und Genehmigungsverfahren bei den bayerischen Behörden beschleunigt und digitalisiert werden.

Begründung:

Der Fachkräftemangel stellt KMU in Industrie und Handwerk seit Jahren vor große Herausforderungen. Der verstärkte Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) kann dazu beitragen, Betriebe zu entlasten und Arbeitsprozesse effizienter zu gestalten. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass KI-Anwendungen deutlich stärker und schneller in Ausbildungsordnungen, Studiengänge und Weiterbildungsangebote integriert werden. Bislang dauert die Reform einer Ausbildungsordnung häufig zwischen zwei und fünf Jahren – ein Zeitraum, der angesichts der rasanten technologischen Entwicklung nicht mehr zeitgemäß ist. KI verändert Tätigkeitsprofile bereits heute grundlegend und der Bedarf an entsprechend qualifizierten Fachkräften wird in den kommenden Jahren weiter stark steigen. Gerade KMU drohen dadurch Wettbewerbsnachteile, da sie offene Stellen oft schwerer besetzen können und die Auswirkungen des demografischen Wandels besonders stark spüren.

Auch wenn sich auf Landes- und Bundesebene im Bereich Bürokratieabbau etwas tut, stellen bürokratische Belastungen KMU vor besondere Herausforderungen. Grundsätzlich wäre es deshalb hilfreich, wenn schon bei Erarbeitung von Gesetzesvorhaben die mittelständische Perspektive im Mittelpunkt stehen würde und dann z. B. für Großunternehmen spezielle Regelungen hinzugefügt würden. Statt wie aktuell Regulierungen

aus Sicht der Großunternehmen zu formulieren und ggf. Ausnahmen für KMU zu formulieren. Dies würde einen grundlegenden Perspektivwechsel in der Gesetzgebung bedeuten und würde auf mittelfristige Sicht den Mittelstand deutlich entlasten.

Außerdem muss die Digitalisierung und Bündelung von Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren insbesondere für KMU konsequent vorangetrieben werden.

Mit inzwischen vier Modernisierungsgesetzen hat Bayern die Bayerische Bauordnung im Bereich Wohnungsbau entschlackt. Allerdings führt Genehmigungsfiktion im Wohnungsbau nach Angaben der Lokalbaukommission München dazu, dass gewerbliche Vorhaben nachrangig bearbeitet werden. Dadurch verzögern sich Investitionen insbesondere von KMU erheblich. Um den Wirtschaftsstandort Bayern zu stärken, müssen gewerbliche Genehmigungsverfahren beschleunigt und besser planbar werden.

Bei einer Anhörung im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung berichtete die Alchem Group, dass allein die Verlängerung einer Einleitgenehmigung drei Jahre dauerte und Kosten von 1,5 Mio. Euro verursachte, obwohl sich an der Anlage nichts Grundlegendes geändert hatte. Bei InfraServ Gendorf dauerte ein vergleichbares Verfahren sogar fünf Jahre. Solche langwierigen Verfahren gefährden Investitionen und schwächen die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Bayern. Gerade auf das Problem der langen Genehmigungsverfahren muss in den Modellkommunen besonderes Augenmerk gelegt werden.